



Bern, 29.11.2006

Adressaten:

die politischen Parteien  
die Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete  
die Dachverbände der Wirtschaft  
die interessierten Kreise

**Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (Neuordnung der ausserparlamentarischen Kommissionen).  
Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 29. November 2006 die Bundeskanzlei beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den interessierten Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum

**15. März 2007**

Gegenstand des Vernehmlassungsverfahrens ist die Neuordnung der ausserparlamentarischen Kommissionen mit der Anpassung des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG) vom 21. März 1997. Die angestrebten Ziele ergeben sich aus dem beigelegten erläuternden Bericht.

Die Vernehmlassungsunterlagen können über die Internetadresse <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html> bezogen werden.

Wir sind Ihnen dankbar, wenn sie Ihre Stellungnahme bis zur angegebenen Frist **in zwei Exemplaren und in elektronischer Form per E-Mail** bei der Bundeskanzlei, Sektion Recht, Gurtengasse 5, 3003 Bern, [recht@bk.admin.ch](mailto:recht@bk.admin.ch) einreichen.

Für Ihre wertvolle Mitarbeit danken wir Ihnen im Voraus und versichern Sie, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.



Mit freundlichen Grüßen

Bundeskanzlerin